

ABHANDLUNGEN

Parteipolitikverflechtung.

Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000

Simone Burkhart*

Untersuchungen über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen betrachten in der Vergangenheit im Vertrauen auf die Existenz eines autonomen „Wahlzyklus“ den Zeitpunkt einer Landtagswahl als erklärende Variable für das Abschneiden der Regierungsparteien im Bund bei Landtagswahlen. Der Artikel untersucht die Erklärungskraft des Wahlzyklus für Deutschland vor und nach 1990 und findet für die Zeit nach der Wiedervereinigung wenig Evidenz für einen Einfluss von Zeitvariablen auf Landtagswahlergebnisse. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlergebnisse zurückgegangen ist, wie einige aktuelle Untersuchungen behaupten. Regressionsanalysen zeigen, dass der Kausalmechanismus, der früheren Analysen teilweise implizit zugrunde lag, auch weiterhin gilt: Je stärker die Popularität der Bundesregierung seit Amtsantritt gesunken ist, mit desto höheren Verlusten müssen die Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen rechnen. Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen hat seit der Wiedervereinigung sogar eher zu- als abgenommen.

1. Einleitung

Landtagswahlen scheinen nur in den seltensten Fällen das Produkt überwiegend landespolitisch motivierter Erwägungen der Wähler zu sein. Journalisten, politische Beobachter, aber auch Wissenschaftler interpretieren und analysieren Landtagswahlen oft im Licht der Bundespolitik, sei es beispielsweise als „Kür des Kanzlerkandidaten“ in Niedersachsen 1998 (Müller-Hilmer 1999) oder als „Stimmungstest der neu gewählten Bundesregierung“ wie bei der Landtagswahl in Hessen 1999 (Schmitt-Beck 2000: 4). Da die Wähler in der öffentlichen Wahrnehmung bei Landtagswahlen immer auch

* Dieses Papier wäre ohne die zahllosen Anregungen und Ideen von Philip Manow nicht entstanden. Ihm sowie Hendrik Zorn und Steffen Ganghof danke ich für viele kritische Anmerkungen und lehrreiche Kommentare. Ich möchte mich weiterhin bei meinen zwei anonymen Gutachtern der PVS sowie Oscar W. Gabriel für ihre hilfreichen Kommentierungen bedanken.

über die Performanz der Bundesregierung abstimmen, finden sich die Regierungsparteien in einem oft beklagten „Dauerwahlkampf“ verstrickt, der Kritikern zufolge zu einer Lähmung des politischen Systems führen kann. Umgekehrt wirkt der Ausgang der Landtagswahlen im institutionell verflochtenen politischen System der Bundesrepublik auch auf die Bundespolitik zurück. Die scheinbar systematisch wiederkehrenden Verluste der Regierungsparteien in Landtagswahlen führen über kurz oder lang zum Verlust einer eigenen Regierungsmehrheit im Bundesrat (Dinkel 1980: 75).

Obwohl eine gewisse Einwirkung der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung in den Bundesländern weitgehend unumstritten ist, gibt es doch verschiedene Ansichten über Stärke, Ursachen und jüngste Entwicklungen dieses Einflusses. Es existieren nur wenige systematische Untersuchungen, die über den Einzelfall hinaus den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen betrachten. Dinkels (1977) Analyse der Interdependenz zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen für die Zeit von 1949 bis 1976 ist diesbezüglich die erste grundlegende Forschungsarbeit. Ihr zufolge verlieren im Vergleich zu den Bundestagswahlen die Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen substanziell an Wählerstimmen. Die Stärke des Verlustes ist jedoch nicht gleichförmig über die Zeit verteilt, sondern folgt einem zyklischen Muster: Am Anfang und am Ende einer Legislaturperiode schneiden die Regierungsparteien bei Landtagswahlen noch vergleichsweise gut ab, in der Mitte einer Legislaturperiode ist ihr Verlust am größten (vgl. auch Anderson/Ward: 1996). Wissenschaftlicher Disput entzündet sich gegenwärtig an der Frage, inwieweit es im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und der damit verbundenen Änderung der Parteienlandschaft sowie dem unterschiedlichen Wahlverhalten in Ost und West zu einer Modifikation der Beziehung zwischen Bundes- und Landtagswahlen gekommen ist. Jeffery/Hough (2001; Hough/Jeffery 2003) argumentieren, die im Zuge der deutschen Einigung gestiegene territoriale Heterogenität veranlasse die Bevölkerung in Landtagswahlen zunehmend nach regionalen Gesichtspunkten zu wählen. Dadurch habe auch der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen seit 1990 deutlich abgenommen. Decker/Blumenthal (2002) hingegen sehen in Landtagswahlen weiterhin traditionelle Sanktionswahlen, bei denen die Bundespolitik einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang ausübt. Wer hat Recht? Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb anhand der Arbeiten von Decker/Blumenthal und Jeffery/Hough schwer zu beantworten, weil beide Studien auf die Messung der tatsächlichen Effektstärke des bundespolitischen Einflusses auf Landtagswahlentscheidungen verzichten.

In meinem Artikel gehe ich der Frage nach, in welchem Ausmaß die Bundespolitik einen Einfluss auf die Landtagswahlentscheidung ausübt. Besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, inwieweit Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen aufgrund bundespolitischer Einflüsse systematisch an Stimmen verlieren. Die dabei gewonnenen Ergebnisse ermöglichen fundiertere Aussagen über die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen in Ost- und Westdeutschland von 1976 bis 2002. Vor allem vor dem Hintergrund der Diskussion um Reformen des deutschen Föderalismus ist eine wissenschaftliche Erörterung dieser Problematik von erheblicher politischer und praktischer Relevanz.

Mein Artikel ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werde ich die für die Fragestellung relevante deutsche und internationale Literatur zusammenfassen, wobei ich be-

sonders die in der Literatur übliche Verwendung von Zeitvariablen als die wesentlichen Erklärungsvariablen früherer deutscher, aber auch internationaler Untersuchungen kritisiere. Meine Analysen im dritten Abschnitt zeigen, dass Zeitvariablen ihre Erklärungskraft für das Abschneiden von Regierungsparteien bei Landtagswahlen seit der Wiedervereinigung verloren haben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Bundespolitik ihren Einfluss auf Landtagswahlentscheidungen verloren hat, wie Jeffery/Hough behaupten. Vielmehr verlieren die Regierungsparteien des Bundes entsprechend ihres Popularitätsverlustes auf Bundesebene bei Landtagswahlen an Stimmen, wie ich anhand von Regressionsanalysen mit Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen zeige. Meine Ergebnisse legen nahe, dass die Bundespolitik seit der Wiedervereinigung sogar einen größeren Einfluss auf die Landtagswahlentscheidung ausübt. Im letzten Abschnitt fasse ich die Ergebnisse zusammen und erörtere deren Implikationen.

2. Erklärungsansätze für das Abschneiden von Regierungsparteien bei Midterm-Wahlen

Dass die Bundespolitik einen gewissen Einfluss auf Landtagswahlen ausübt, ist unumstritten. In aller Regel müssen die Regierungsparteien bei Landtagswahlen im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl Verluste verkraften. Den Grund hierfür sehen politische Beobachter vor allem in der starken bundespolitischen Fokussierung der Landtagswahlen. Zahlreiche Studien und Analysen zu einzelnen Landtagswahlen zeigen eine von Landtagswahl zu Landtagswahl unterschiedlich starke, aber allgegenwärtige bundespolitische Durchdringung des Landtagswahlkampfes und der Landtagswahlentscheidung. Im deutschen System der Politikverflechtung (vgl. Scharpf 1985) und des „bundesstaatlichen Parteienwettbewerbs“ (Lehmbruch 1998) ist dieser Befund auch alles andere als überraschend. Eine übergreifende und *systematische* wissenschaftliche Thematisierung dieses Zusammenhangs wurde allerdings nur selten vorangetrieben.

Dabei kennt man das Phänomen, wonach Regierungsparteien bei Zwischenwahlen, Wahlen zur zweiten Kammer oder Nachwahlen innerhalb der Legislaturperiode teils erhebliche Stimmenverluste erleiden, aus vielen westlichen Demokratien. Am umfangreichsten wurde dieses Phänomen für die amerikanischen Midterm-Wahlen (midterm elections) zum amerikanischen Kongress untersucht (Campbell 1960; Tuft 1975; Erikson 1988).¹ Es gleicht beinahe einem „empirischen Gesetz“, wonach die Partei des Präsidenten in den Midterm-Wahlen an Stimmen verliert. Seit dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861–65) gelang es der Präsidentenpartei nur in drei von 35 Midterm-Wahlen (1934, 1998 und 2002), mehr Stimmen zu gewinnen als in der vorangegangenen Kongresswahl, die im gleichen Jahr mit der Präsidentenwahl abgehalten wurde (on-

¹ Die Legislative (der Kongress) setzt sich in den USA aus zwei Kammern zusammen: dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Aus jedem Bundesstaat werden zwei Senatoren auf sechs Jahre gewählt. Die 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden von den Bundesstaaten entsprechend ihrer Einwohnerzahl alle zwei Jahre gewählt. Damit finden alle zwei Jahre Kongresswahlen statt, in denen das komplette Repräsentantenhaus sowie ein Drittel des Senats (33 Senatoren) gewählt werden. Alle vier Jahre fallen die Wahlen zum Kongress mit der Präsidentenwahl zusammen (on-year elections); die Kongresswahlen zwischen den Präsidentschaftswahlen werden auch als „midterm elections“ bezeichnet.

year-election). Auch bei den britischen Nachwahlen (by-elections)² (Mughan 1986; Norris 1990) muss die Regierungspartei in fast allen Fällen deutliche Verluste in Kauf nehmen, ähnliches gilt für die Wahlen zum Europäischen Parlament (Reif 1984; Marsh 1998; Kousser 2004). Für die Ursachen und das Ausmaß dieser empirischen Regelmäßigkeit wurden verschiedene Erklärungen angeboten, die in diesem Abschnitt mit Betonung der deutschen Diskussion dargestellt und diskutiert werden.

2.1 Zeitvariablen

Die Terminierung einer Zwischenwahl innerhalb der nationalen Legislaturperiode wird als eine der Hauptklärungsvariablen für das Abschneiden von Regierungsparteien angesehen. Dabei geht die Verwendung von Zeitvariablen allerdings auf unterschiedliche Wirkungsmechanismen oder vermutete Erklärungszusammenhänge zurück, die nicht immer explizit dargelegt werden.

Viele Studien verwenden Zeitvariablen als einen Näherungswert für die Popularität einer Regierung. Untersuchungen für Großbritannien (Goodhart/Bhansali 1970; Miller/Mackie 1973) und für die USA (Stimson 1976) zeigten früh eine empirische Regelmäßigkeit im Stimmungsbild von Regierungen, welches oftmals als „Wahlzyklus“ (electoral cycle) bezeichnet wird. Regierungsparteien gewinnen demnach in einer Art „Nachwaleuphorie“ kurz nach der Wahl an Sympathie hinzu, nur um kurze Zeit später teilweise dramatisch an Zustimmung zu verlieren. Dieser Negativtrend setzt sich über die Legislaturperiode fort und erreicht etwa in der Mitte einen Höchststand. Danach erholen sich die Popularitätswerte wieder und erreichen bei der folgenden Wahl einen ähnlich hohen Stand wie zum Zeitpunkt der zurückliegenden Wahl. In der Literatur werden eine Vielzahl möglicher Erklärungen diskutiert, die den empirisch beobachtbaren Wahlzyklus begründen könnten. Eine Erklärungsmöglichkeit sehen beispielsweise Stimson (1976) oder Hudson (1985) in der Logik des Regierungshandelns in Demokratien. Demnach müssen unpopuläre und schmerzhaft, gleichsam aber notwendige Maßnahmen am Anfang einer Legislaturperiode verabschiedet werden, weil sie ein Absinken der Popularitätswerte einer Regierung zur Folge haben. Erreichen diese Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode ihr Ziel, werden sich die positiven Auswirkungen auch in verbesserten Stimmungswerten für die Regierung auszahlen. Andere Erklärungen beziehen sich auf Modelle des „political business cycle“³ (Nordhaus 1975; Frey/Schneider 1978; für eine detaillierte Übersicht siehe Franzese 2002) und werden kontrovers diskutiert (Pissarides 1980; Chrystal/Alt 1981; Hudson 1985). Die empirische Regelmäßigkeit des zyklischen Popularitätsverlaufes von Regierungen nutzen viele Untersuchungen, indem sie die Terminierung einer Zwischenwahl als Erklä-

2 Mit Hilfe von Nachwahlen werden in Großbritannien, aber auch in vielen anderen Demokratien, ausscheidende Mitglieder des Parlaments ersetzt. Andere Regierungssysteme nutzen Nachrücklisten, um frei werdende Sitze im Parlament mit Personen der gleichen Partei neu zu besetzen.

3 Viele Modelle des „political business cycle“ beruhen auf der Annahme einer Manipulation der Phillips-Kurve seitens der Regierung. Regierungen versuchen demnach, durch höhere Wachstums- und geringere Arbeitslosenraten kurz vor der Wahl ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen. Dafür nehmen sie eine steigende Inflation in unmittelbarer Nähe des Wahltermins und eine Rezession nach einer Wahl in Kauf.

rung für die Höhe des Verlusts von Regierungsparteien verwenden. In der Mitte der Legislaturperiode sollte dann, so die logische Schlussfolgerung, der Verlust der Regierungsparteien am höchsten ausfallen, kurz vor oder nach einer nationalen Wahl wären die Verluste geringer.

Für Deutschland finden sich diese Überlegungen zur Erklärung der Stimmenverluste von Regierungsparteien bei Landtagswahlen als erstes bei Dinkel (1977). Dinkel errechnet aus den beiden Bundestagswahlergebnissen in einem Bundesland vor und nach einer Landtagswahl einen „erwarteten Stimmenanteil“ für die Regierungsparteien bei den Landtagswahlen. Den erwarteten Stimmenanteil erreicht eine Regierung bei einer Landtagswahl genau dann, wenn die Stimmabgabe bei Landtagswahlen exakt einem kontinuierlichen Trend der Stimmenentwicklung auf Bundesebene entsprechen würde. Dinkel behauptet, dass der tatsächlich erreichte Stimmenanteil der Regierungsparteien des Bundes systematisch von dem erwarteten Stimmenanteil abweicht und einem zyklischen, dem Wahlzyklus entsprechenden Trend folgt. OLS Regressionen für 67 Landtagswahlen in der Zeit von 1949 bis 1976 bestätigen diese Vermutung.

Später verwenden auch Jeffery/Hough (2001; Hough/Jeffery 2003) sowie Decker/Blumenthal (2002) die Terminierung von Landtagswahlen als Erklärung für das Abschneiden von Regierungs- und Oppositionsparteien bei Landtagswahlen. Decker/Blumenthal stützen ihre Argumentation vor allem auf Fallbeispiele von ausgesuchten Landtagswahlen. Diese zeigen im Wesentlichen das vertraute, dem Wahlzyklus entsprechende Bild: Besonders in der Mitte der Legislaturperiode wirken sich die Effekte der bundespolitischen Überlagerung des Wahlkampfes aus, und den erheblichen Verlusten der Parteien der Bundesregierung stehen Gewinne der Opposition gegenüber. Abweichungen treten dann auf, wenn die große Oppositionspartei in eine Krise gerät. Unter diesen Umständen können die Regierungsparteien in einigen Fällen den Negativtrend umkehren. Aggregatdaten über summierte Gewinne und Verluste bestätigen Decker/Blumenthal zufolge die Ergebnisse ihrer Fallstudien: Die Verluste der Regierung beziehungsweise die Gewinne der Opposition zeigen den charakteristischen, von Dinkel beschriebenen, U-förmigen oder umgekehrt U-förmigen Verlauf. Auch wenn dieses Bild, bedingt durch Schwächephase der Opposition, seine Eindeutigkeit nach der deutschen Wiedervereinigung verliert, könne es „keinen Zweifel geben, dass die Landtagswahlen in der Bundesrepublik tatsächlich einem starken Einfluss der Bundespolitik unterliegen“ (Decker/Blumenthal 2002: 164).

Jeffery/Hough widersprechen den Einschätzungen von Decker/Blumenthal. Ausgehend von Dinkels Analyseansatz können Jeffery/Hough den Einfluss des Wahlzyklus und damit die zyklischen Verluste der Hauptregierungspartei des Bundes bei entsprechenden Gewinnen für die große Oppositionspartei des Bundes bei Landtagswahlen nur bis 1990 bestätigen. Die deutsche Wiedervereinigung markiere hingegen eine Zäsur. Die große Regierungspartei des Bundes verliere zwar bei Landtagswahlen innerhalb der Legislaturperiode weiter an Stimmen, die große Oppositionspartei könne jedoch seltener daraus Profit schlagen und einen eigenen Stimmengewinn verbuchen. Oppositions- wie Regierungspartei des Bundes folgten vielmehr beide demselben Muster: Ihre schlechtesten Landtagswahlergebnisse erzielen nun *beide* zur Hälfte der Legislaturperiode; am günstigsten schneiden sie direkt vor oder nach einer Bundestagswahl ab. Vor allem die kleinen Parteien können in der Mitte der Legislaturperiode ihre Ergebnisse

deutlich verbessern. Hough/Jeffery (2003: 87) interpretieren ihre Ergebnisse als Anzeichen einer „gestiegenen territorialen Heterogenität der Bundesrepublik nach 1990“. Seit der Wiedervereinigung treten neue territoriale *Cleavages* auf. Vor dem Hintergrund neuer Konfliktlinien zwischen alten und neuen Bundesländern sowie eines stärker gewordenen Verteilungskampfes unter den alten Bundesländern als Folge der deutschen Wiedervereinigung verändere sich das politische Spiel. Die großen Parteien können demnach den Spagat zwischen Bundes- und territorial unterschiedlichen Landesinteressen nicht mehr überzeugend umsetzen, wovon kleine, territorial auftretende Parteien profitieren. Damit einhergehend verlieren nach Ansicht von Jeffery/Hough Landtagswahlen ihren untergeordneten, zweitrangigen Charakter. Landtagswahlen folgen nun eher einer landeseigenen Logik und Dynamik. Somit ist auch der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlergebnisse nach 1990 geringer geworden.

Auch bei der Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament wird die Terminierung der Europawahl innerhalb des „nationalen Wahlzyklus“ mit dem Abschneiden von Regierungsparteien im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Wahl in Verbindung gebracht. Reif (1984) sowie Marsh (1998) untersuchen im Rahmen von Reif/Schmitts (1980) Analyseansatz der Haupt- und Nebenwahlen (first and second order elections) die Auswirkung des Wahlzyklus auf das Wahlergebnis der Regierungsparteien bei Europawahlen. Wie der Wahlzyklus erwarten lässt, sind die Verluste der Regierungsparteien zum Midterm am größten. Allerdings verringern sich diese im weiteren Verlauf des Wahlzyklus nicht wesentlich, sondern bleiben auf hohem Niveau konstant (Marsh 1998; Kousser 2004).

Die Terminierung einer Wahl wird aber auch unabhängig von ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Beschreibung der Popularität einer Regierung als *autonome* Erklärungsvariable verwendet. Erikson (1988) sieht beispielsweise in amerikanischen Midterm-Wahlen eine „Bestrafung“ der Partei des Präsidenten *unabhängig* von der Qualität der Regierungsarbeit des Präsidenten, seiner Popularität und der wirtschaftlichen Performanz seiner Administration. Erikson bietet zwei Erklärungen für dieses Phänomen. Wähler mit negativer Grundeinstellung gegenüber der präsidentiellen Partei werden mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen gehen, tendenziell werden also mehr „regierungsfeindliche“ Wähler ihre Stimme abgeben. Eine weitere Erklärung ist die erstmals von Fiorina (1988) vertretene und später von Alesina/Rosenthal (1989; 1995), Mebane (2000) sowie Mebane/Sekhon (2002) weiterentwickelte „*Moderation Election*“-Hypothese. Moderate Wähler dämpfen demnach die polarisierenden Effekte des Parteienwettbewerbs in der Hoffnung auf „gemäßigte“ Politikergebnisse bei geteilter Regierungsmacht (divided government), indem sie bei den Midterm-Wahlen zum Kongress gegen die Partei des Präsidenten votieren. Lohmann et al. (1997) sowie Gaines/Cromberz (2004) übertragen diese Logik auf den deutschen Fall und finden dafür empirische Evidenz. Die tatsächliche Terminierung einer Zwischenwahl innerhalb der nationalen Legislaturperiode ist bei der Annahme eines autonomen Effektes weitgehend irrelevant.⁴ Oftmals genügt die dichotome Unterscheidung, inwieweit eine „Nebenwahl“ auf denselben Zeitpunkt wie die „Hauptwahl“ fällt.

⁴ Für den deutschen Fall könnte es jedoch laut Lohmann et al. (1997) einen Unterschied machen, ob der Ausgang einer Landtagswahl das Stimmenverhältnis im Bundesrat substanziell beeinflussen kann oder nicht.

2.2 Popularität einer Regierung

Obwohl die Popularität von Regierungen oftmals über die Zeitvariable operationalisiert wurde, untersuchen vor allem amerikanische Studien auch den direkten Zusammenhang zwischen der Popularität eines Präsidenten und dem Abschneiden der Präsidentenpartei in Midterm-Wahlen. Tufte (1975; 1978) brachte als erster die Popularität des Präsidenten direkt mit dem Stimmenverlust der Präsidentenpartei bei den Midterm-Wahlen zum amerikanischen Kongress in Verbindung. Tufte versteht die Midterm-Wahlen bzw. Midterm-Kongresswahlen als Referendum über die Arbeit des Präsidenten und seiner Regierung, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftspolitik. Der Verlust, den die Partei des Präsidenten zum Midterm erleidet, ist demnach umso höher, je niedriger die Popularität des Präsidenten zum Zeitpunkt der Midterm-Wahl. Unter anderem die Arbeiten von Kernell (1977), Lewis-Beck/Rice (1984), Abramowitz et al. (1986), Oppenheimer et al. (1986) und James E. Campbell (1991) entwickelten Tufte's Theorie weiter und bestätigten einen starken Einfluss der Popularität des Präsidenten auf das Ergebnis der präsidentiellen Partei bei den Midterm-Wahlen. Die Erklärung der Wahlergebnisse mit Hilfe der Popularitätsentwicklung des Präsidenten erlebte nach den Midterm-Erfolgen der Clinton-Administration 1998 und der Bush-Regierung 2002 eine Renaissance. Laut Jacobson (2003) und James E. Campbell (2003) konnte vor allem wegen der hohen Popularität der Präsidenten Bill Clinton und George W. Bush zum Zeitpunkt der Midterm-Kongresswahlen ein Stimmenverlust der Partei des Präsidenten verhindert werden. Mughan (1986; 1988) und Norris (1990) bestätigen ähnliche Zusammenhänge für die Ergebnisse der britischen Nachwahlen. Ihre Analysen finden einen starken Zusammenhang zwischen der Veränderung in der landesweiten Unterstützung der Regierung und den lokalen Stimmenverlusten der Regierungspartei in Nachwahlen. Ähnliche Ergebnisse erhalten Feigert/Norris (1990) außer für Großbritannien auch für Kanada, nicht jedoch für Nachwahlen in den USA und Australien. Für Deutschland wurde in der Analyse von Anderson/Ward (1996) direkt die Popularität einer Regierung mit dem Stimmenverlust der großen Regierungspartei bei Landtagswahlen in Verbindung gebracht. Anderson/Ward konnten keine Beziehung zwischen der Popularität des Bundeskanzlers und den Landtagswahlergebnissen seiner Partei feststellen. Die Messung der Popularität einer Regierungspartei auf Bundesebene über die nationale Wahlabsicht (gemessen über die „Sonntagsfrage“) zeigt jedoch die erwarteten Effekte. Je stärker die Bundespartei in der Wählergunst verliert, desto schlechter schneidet sie auch bei Landtagswahlen ab (Anderson/Ward 1996: 453). Der Einfluss der Regierungspopularität ist auch für Fabritius (1978: 163) ein wichtiger Indikator für den Ausgang einer Landtagswahl, wie in seiner umfangreichen qualitativen Untersuchung zu Wechselwirkungen zwischen Bundespolitik und Landtagswahlen anhand einer systematischen Betrachtung einzelner Landtagswahlen deutlich wird. Landtagswahlen, so wird in seiner Studie behauptet, sind bundespolitische Testwahlen und eine Art Pseudo-Plebiszit über die Arbeit der Bundesregierung.

2.3 Wirtschaftliche Einflussgrößen

Eng verknüpft mit dem Einfluss der – eher unspezifischen – Regierungszufriedenheit auf das Wahlergebnis wird der wirtschaftliche Erfolg oder Misserfolg einer Regierung betrachtet. Die „economic voting“ Literatur (für eine ausführliche Betrachtung siehe Lewis-Beck/Stegmaier 2000) nimmt beispielsweise im klassischen „Belohnungs- und Bestrafungsmodell“ (reward-punishment model) an, dass die Wähler die ökonomischen Gegebenheiten evaluieren und die Regierungsparteien für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich machen. Verschlechtern sich die makroökonomischen Werte, wird dies in der Regel die Regierungsparteien Wählerstimmen kosten. Veränderungen im Wirtschaftswachstum, der Arbeitslosigkeit und der Inflation sind hierbei die Standardvariablen, die die ökonomische Performanz einer Regierung messen. Vor allem in den USA wurde die Betonung wirtschaftlicher Einflussfaktoren zur Erklärung von Ergebnissen der Midterm-Wahlen kontrovers diskutiert (Erikson 1990a; Erikson 1990b; Jacobson 1990). Für den deutschen Fall finden Anderson/Ward (1996) ein kontraintuitives Verhältnis zwischen der ökonomischen Performanz einer Bundesregierung und Ergebnissen bei Landtagswahlen. Steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich demnach nicht negativ, sondern signifikant positiv auf die Wahlchancen der Regierungspartei bei Landtagswahlen aus.⁵ Lohmann et al. (1997) weisen hingegen einen positiven, wenngleich nicht signifikanten Effekt des Wirtschaftswachstums auf die Stimmenentwicklung der Regierungspartei bei Landtagswahlen nach.

2.4 Wahlbeteiligung

Die Gründe für das schlechte Abschneiden von Regierungsparteien in Zwischenwahlen werden in der öffentlichen Diskussion oftmals in einer geringen Wahlbeteiligung gesucht. Viele Wähler, so die These, die bei einer nationalen Wahl für die Regierung stimmten, bleiben den Zwischenwahlen fern, wohingegen die Oppositionsparteien weniger Probleme haben, ihre Anhänger zu mobilisieren. Je geringer die Wahlbeteiligung, so die logische Schlussfolgerung, desto höher sollten die Verluste der Regierungsparteien ausfallen. Kontrolliert man für andere Erklärungsvariablen, finden vergleichende Analysen auf Makroebene sowohl für Deutschland (Dinkel 1977: 354) als auch für Großbritannien (Mughan 1986: 769) wenig Evidenz für diese Vermutung.

2.5 Einschätzungen und Konsequenzen für den deutschen Fall

Wie die kurze Zusammenfassung wesentlicher Erklärungsvariablen gezeigt hat, dominieren Zeitvariablen die deutschen Analysen über das Ausmaß des Stimmenverlusts der Regierungsparteien bei Landtagswahlen. Dabei dienen Zeitvariablen in der Regel als

⁵ Die Gründe für diesen Befund sehen Anderson/Ward vor allem darin, dass einer CDU/CSU geführten Regierung in der Regel eine höhere wirtschaftspolitische Kompetenz zugestanden wird. Verschlechtert sich die Arbeitsmarktsituation, würden sich deshalb die Wahlchancen der Regierungsparteien bei CDU/CSU-geführten Bundesregierungen verbessern. Eine Überprüfung dieser Ad-Hoc-Erklärung mit Hilfe getrennter Berechnungen für SPD- und CDU/CSU-geführte Bundesregierungen liefern Anderson/Ward jedoch nicht.

Approximation eines unterstellten „Wahlzyklus“. Folglich wird die Erklärungskraft der Zeitvariablen als Indikator für die Stärke der bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen interpretiert. Der Zusammenhang zwischen der direkt gemessenen Popularität einer Bundesregierung und ihrem Wahlerfolg auf Länderebene blieb auf eine Untersuchung beschränkt (Anderson/Ward 1996). Der Einfluss der wirtschaftlichen Performanz einer Bundesregierung auf die Ergebnisse von Landtagswahlen wurde, ebenso wie die Höhe der Wahlbeteiligung, selten systematisch und umfassend auf ihre Erklärungskraft getestet.

Besonders die oftmals ungenügend erläuterte und wenig hinterfragte Verwendung von Zeitvariablen erscheint für die Interpretation über die Höhe des bundespolitischen Einflusses auf Landtagswahlen problematisch. Schon Kernell (1978: 509) wies darauf hin, dass „Zeit“ ausschließlich „Zeit“ misst und damit nur eine beschreibende, aber keine erklärende Variable sein kann. Wird, wie für den deutschen Fall, die Zeitvariable als Approximation für die Popularitätsentwicklung einer Regierung verwendet, muss man sich mit mindestens drei Einwänden auseinandersetzen. Wäre es erstens nicht sinnvoller, den direkten Zusammenhang zwischen dem Stimmenverlust der Regierung bei Landtagswahlen und der Popularität der Bundesregierung zu untersuchen? Wie rechtfertigt man zweitens die errechnete Funktion, mit der Zeit vorgeblich die Popularitätsentwicklung beschreibt? In der internationalen Literatur wird der „electoral cycle“ unterschiedlich beschrieben. Für die Analyse der Stimmenentwicklung von Regierungsparteien in Landtagswahlen in Deutschland findet Dinkel (1977) eine quadratische Funktion, in der der Popularitätsverlust etwa in der Mitte der Legislaturperiode am größten ist. Für eine vergleichbare Analyse über die Höhe des Stimmenverlusts der Regierungsparteien bei Europawahlen wird der Wahlzyklus hingegen mit einer Dreifach-Polynomfunktion angenähert (Reif 1984; Marsh 1998; siehe auch Eijk 1987). Dieser Wahlzyklus berücksichtigt eine „Honeymoon“-Phase kurz nach der nationalen Wahl, in der die Regierungsparteien kurzzeitig Gewinne verbuchen können. Weiterhin geht er von einer längeren Schwächephase der Regierung aus: Die Popularitätsverluste sind nicht zum klassischen Midterm in der Hälfte der Legislaturperiode am größten, sondern nach etwa drei Vierteln der Legislaturperiode. Shugart (1995) wiederum benutzt für die Analyse von Midterm-Wahlen in zwölf präsidentiellen Systemen ebenfalls mit Hinweis auf den Wahlzyklus eine *lineare* Zeitfunktion in der Annahme, dass die Partei des Präsidenten umso schlechter abschneidet, je mehr Zeit seit der Präsidentschaftswahl vergangen ist. Selbst wenn man einer bestimmten, mit Hilfe von Zeitvariablen beschriebenen Funktion eine hinreichend genaue Beschreibung der Popularitätsentwicklung unterstellen könnte, stellt sich drittens die Frage, wie man mit unterschiedlichen Ausprägungen des Popularitätsverlustes umgeht. Ob eine Regierung in einer Legislaturperiode „tiefer“ in das Stimmungstief fällt als in einer anderen Legislaturperiode, kann mit Zeitvariablen nicht erfasst werden. Gleichzeitig wäre es jedoch nur folgerichtig anzunehmen, dass der Verlust, den Regierungsparteien erleiden, auch eine Funktion der *Höhe* des Popularitätsverlustes ist, welche bei der Verwendung der Zeitvariablen und der Analyse über mehrere Legislaturperioden hinweg als solche nur *innerhalb* einer Legislaturperiode variieren kann; eine Variation *zwischen* den Legislaturperioden ist nicht möglich.

Ich werde in den nächsten Abschnitten zeigen, dass Analysen, welche die Terminierung von Landtagswahlen als erklärende Variable verwenden, zu substanziellen Fehlinterpretationen über das Ausmaß der bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen nach der deutschen Wiedervereinigung führten. Dafür werde ich die Stärke des Stimmenverlusts der Regierungsparteien in Abhängigkeit von der Regierungspopularität sowohl direkt als auch über den problematischen Proxy des zeitlichen Abstands von der Bundestagswahl untersuchen.

3. Der Einfluss des Wahlzyklus auf Landtagswahlen in Deutschland seit 1976

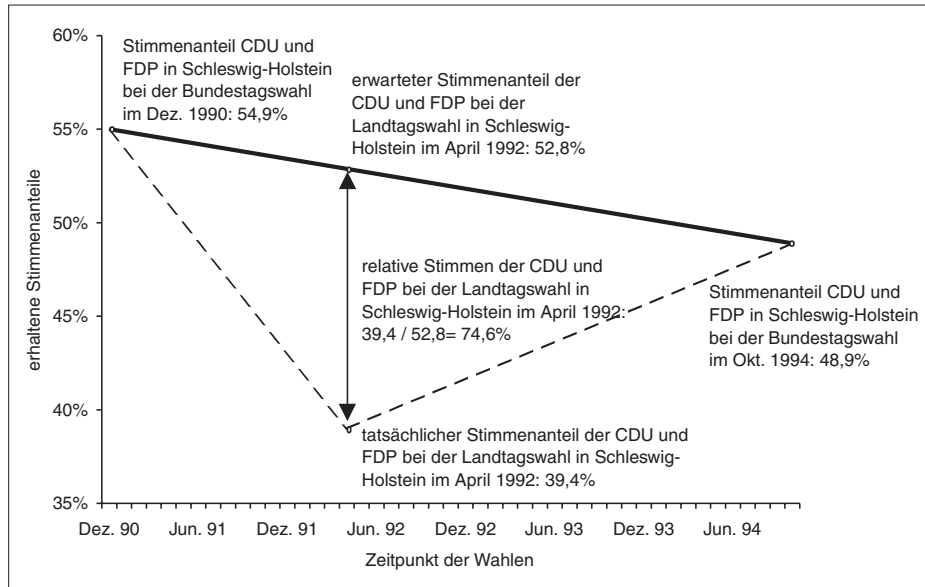
Um die begrenzte Erklärungsrelevanz des Wahlzyklus für die Analyse der bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen seit der Wiedervereinigung zu demonstrieren, werde ich zunächst die Zeitvariable als dominierende Erklärungsvariable früherer Studien auf ihre Erklärungskraft testen. Dabei benutze ich die von Dinkel verwendete und für deutsche Untersuchungen vorherrschende Konzeptionalisierung und Operationalisierung des Wahlzyklus und der abhängigen Variable. Obwohl sich etliche Untersuchungen auf die Erkenntnisse Dinkels berufen, wurden seine Analysen bisher nicht mit aktuellen Daten repliziert.⁶

Laut Dinkel verlieren die Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen fast durchgängig relativ an Stimmen, wobei der Stimmenverlust nicht über die Zeit konstant ist, sondern einem dem Wahlzyklus entsprechenden zyklischen Muster folgt. „Relativ verlieren“ heißt, dass die Regierungsparteien des Bundes „bei Landtagswahlen weniger Stimmen erhalten als sie erwarten könnten, wenn das Ergebnis der Landtagswahl genau den Trend in der Entwicklung der Stimmenverhältnisse bei Bundestagswahlen in diesem Bundesland widerspiegeln würde“ (Dinkel 1977: 349).

Abbildung 1 verdeutlicht die Berechnung der relativen Stimmen am Beispiel der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 5. April 1992. Die regierenden Parteien im Bund (CDU/FDP) erhielten in Schleswig-Holstein bei der Bundestagswahl 1990 54,9 Prozent, 1994 48,9 Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen. Wäre die Stimmenentwicklung zwischen den beiden Bundestagswahlen linear verlaufen und würde die Stimmabgabe bei den Landtagswahlen genau dem Bundestrend entsprechen (verdeutlicht durch die durchgezogene Gerade), hätten CDU und FDP zusammen 52,8 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl „erwarten“ können. Tatsächlich erhielten sie aber nur 39,4 Prozent der Stimmen. Dinkel setzt zur Berechnung der relativen Stimmen das tatsächliche Stimmergebnis (39,4 Prozent) mit den erwarteten Stimmen (52,8 Prozent) ins Verhältnis. Im Beispiel beträgt der relative Stimmenanteil damit 74,6 Prozent. Bei einem relativen Stimmenanteil von 100 Prozent würde der tatsäch-

⁶ Obwohl Jeffery/Hough (2001: 80; Hough/Jeffery 2003: 84) behaupten, ihre abhängige Variable gemäß dem Vorgehen von Dinkel zu berechnen, verwenden sie eine von Dinkel abweichende Berechnungsmethode. Ihre Berechnungen des erwarteten Stimmenanteils beziehen sich auf das arithmetische Mittel aus den Ergebnissen der Regierungsparteien bei den beiden Bundestagswahlen, die einer Landtagswahl vorausgehen beziehungsweise nachfolgen. Dinkel hingegen verwendet eine lineare Trendberechnung (vgl. auch Abbildung 1 und weitere Erläuterungen in diesem Abschnitt).

Abbildung 1: Beispiel für die Berechnung der Stimmenanteile für die Regierungskoalition (hier CDU/FDP in Schleswig Holstein)



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse. Eigene Berechnungen.

lich erreichte Stimmenanteil genau dem erwarteten Stimmenanteil entsprechen; bei einem relativen Stimmenanteil von über 100 Prozent würden die Regierungsparteien ein besseres Ergebnis erzielen als im Bundestrend erwartet. Wären die Ergebnisse der Landtagswahlen unabhängig von den Bundestagswahlen, müssten die relativen Stimmenanteile zufällig um die 100 Prozent schwanken. Tatsächlich jedoch konnten die Regierungsparteien in der von Dinkel betrachteten Zeit von 1949 bis 1977 nur in zwei von 67 Landtagswahlen mehr Stimmen erreichen, als dem Trend der Bundestagswahlen entsprochen hätte.

In Anlehnung an den Wahlzyklus ermittelt Dinkel, ob die relativen Stimmen einem zyklischen Verlauf unterliegen. Dazu prüft er folgende Regressionsgleichung auf ihre Erklärungskraft:

$$(1) \text{ Relative Stimmen} = a - bt + ct^2$$

Dabei steht t für die Anzahl der Monate, die seit der letzten Bundestagswahl vergangen sind. Die Zeit wirkt so lange negativ auf die Stimmenanteile ein (verdeutlicht durch den Term $-bt$), bis der positive quadrierte Zeitfaktor (ct^2) die Stimmenanteile wieder steigen lässt. Der Faktor a steht für den unabhängig vom Zeitpunkt der Landtagswahl zu erwartenden Stimmenanteil.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die Zeit von 1949 bis 1976 bestätigten Dinkels Erwartungen: Die beiden Zeitkoeffizienten zeigen die erwarteten Vorzeichen und sind signifikant. Dinkel erweitert das Regressionsmodell zudem um drei Dum-

Table 1: Ergebnisse der Dinkel-Replikation für Wahldaten von 1976 bis 2002; abhängige Variable: Höhe der relativen Stimmen

| Variable | 1949–1976 (Dinkels Ergebnisse) ¹ | 1976–2002 | 1976–1990 | 1990–2002 |
|-------------------------------|--|---------------------|-----------------------|---------------------|
| Konstante | 92.2(**) (35,07) | 92.95*** (24,92) | 97.63*** (38,52) | 89.16*** (13,37) |
| Zeit | -0.52(**) (-2,03) | -0.810** (-2,20) | -0.904*** (-3,64) | -0.79 (-1,18) |
| Zeit ² | 0.01(**) (1,92) | 0.015** (2,01) | 0.018*** (3,45) | 0.01 (0,02) |
| Amtsbonus (Dummy) | 4.1(**) (2,78) | 5.21* (1,82) | 1.65 (0,85) | 8.57 (1,68) |
| Regionale Parteien (Dummy) | -14.2(**) (-5,89) | -0.3 (-0,03) | (keine Beobachtungen) | 2.27 (0,2) |
| Beobachtungen | 67 | 78 | 36 | 42 |
| R ² (adj.) | 0.47 | 0.12 | 0.24 | 0.04 |

Quelle: Amtliche Wahlergebnisse. Eigene Berechnungen.

Angaben: t-Test-Statistik in Klammern; * $p \leq .10$; ** $p \leq .05$; *** $p \leq .01$.

Codierung der dichotomen Variable: Amtsbonus: 0 Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen, 1 Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten; Regionale Parteien: 0 rein regional auftretende Parteien erreichen unter 7,5 Prozent der Stimmen, 1 rein regional auftretende Parteien erreichen über 7,5 Prozent der Stimmen.

¹ Werte übernommen von Dinkel (1977: 351), Angaben der Signifikanzniveaus in Klammern, da Dinkel keine Angaben über die Höhe der Signifikanzen gibt.

my-Variablen,⁷ von denen zwei signifikante Ergebnisse aufweisen. Regierungsparteien des Bundes, die in einem Bundesland den Ministerpräsidenten stellen, erleiden geringere Verluste. Der Amtsbonus eines amtierenden Ministerpräsidenten kann damit den Negativtrend begrenzen. Sind bei Landtagswahlen rein regional agierende Parteien erfolgreich, ist zu vermuten, dass die Regierungsparteien im Vergleich zur Bundestagswahl Stimmenanteile verlieren. Dinkel bestätigt diese Erwartung: Die Verluste der Regierungsparteien fallen signifikant höher aus, wenn eine rein regional auftretende Partei bei den Landtagswahlen über 7,5 Prozent der Stimmen erhält.

Berechnet man nun dieses Modell für die Landtagswahldaten von 1976 bis 2002, so fallen deutliche Unterschiede zu den Ergebnissen Dinkels ins Auge (Tabelle 1). Zunächst scheint die Höhe der Koeffizienten sehr ähnlich. Die Koeffizienten der Zeitvariablen verlieren allerdings ihre Signifikanzen. Damit einhergehend sinkt die erklärte Varianz, und somit ein wichtiges Maß für die Güte des Modells, drastisch ab. Berechnet man das Modell getrennt für die Zeitperiode vor und nach der deutschen Wiedervereinigung, fallen deutliche Unterschiede ins Auge. Der Wahlzyklus kann offenbar das

⁷ In einem weiteren Schritt führt Dinkel zusätzliche Variablen in das Modell ein. Da hier die Betonung auf der Erklärungskraft der Zeitvariablen liegt, wird nur die einfache Version des Dinkel-Modells betrachtet.

Abschneiden der Regierungsparteien von 1976 bis 1990 noch recht gut erklären. Die Koeffizienten der Zeitvariablen sind hochsignifikant, nur die Dummyvariablen steigern die Erklärungskraft des Modells nicht mehr wie vor 1976. Nach 1990 zeigen die Vorzeichen der Zeitvariablen zwar noch in die vermutete Richtung, verlieren jedoch ihre Signifikanz. Daher fällt auch die Erklärungskraft des Modells extrem ab: Während man mit Dinkels Modell zwischen 1949 und 1976 noch 47 Prozent der Varianz erklären kann, sinkt dieser Wert für die Zeitspanne von 1976 bis 1990 auf 24 Prozent. Nach der Wiedervereinigung scheint das Modell mit einer erklärten Varianz von lediglich 4 Prozent keinerlei Erklärungskraft zu besitzen.

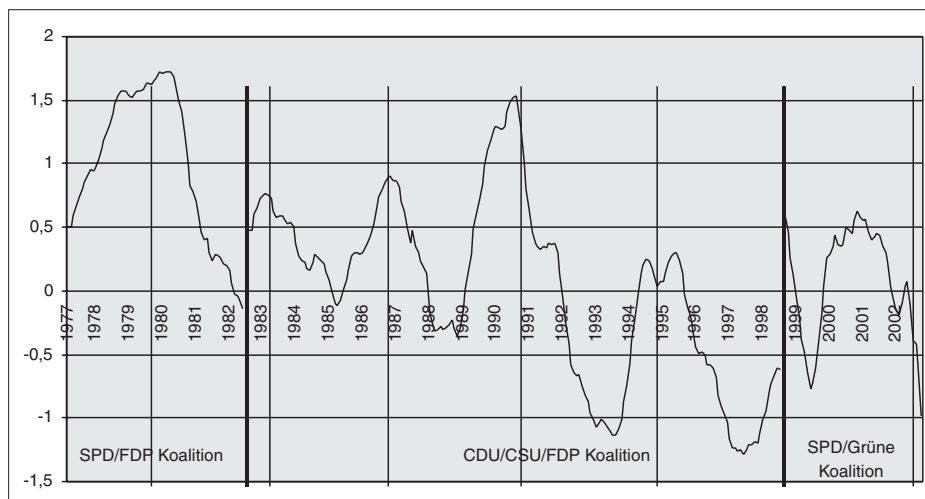
Der dramatische Rückgang der Erklärungskraft eines auf Zeitvariablen beruhenden Erklärungsmodells für die Stimmenverluste der Regierungsparteien könnte zu der Annahme verleiten, die Bundespolitik hätte seit der Wiedervereinigung substanziell an Einfluss auf die Wahlentscheidung verloren, und Landtagswahlentscheidungen werden „vermehrt nach landeseigenen territorialen Dynamiken entschieden“ (Hough/Jeffery 2003: 90). Diese Schlussfolgerungen sind jedoch an eine entscheidende Prämisse geknüpft: die Existenz eines Wahlzyklus in der von Dinkel beschriebenen quadratischen Funktion. Sollte sich der Wahlzyklus, aus welchen Gründen auch immer, seit 1990 nicht mehr nachweisen lassen oder seine Gestalt verändert haben, können Zeitvariablen in der bisher verwendeten Form auch keine hinreichende Erklärung für das Abschneiden der Regierungsparteien darstellen und sind für eine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Bundestagswahlen und Landtagswahlen ungeeignet.

Ob man tatsächlich von der Existenz eines deutschen Wahlzyklus in Bezug auf die Regierungspopularität ausgehen kann, lässt sich relativ einfach anhand von Umfragedaten über die Regierungszufriedenheit ablesen. In Abbildung 2 ist die Entwicklung der Regierungspopularität dargestellt. Monatliche Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen sind die Datengrundlage der Berechnungen.⁸

Bei der Betrachtung der Popularitätsentwicklung fällt eine deutliche Veränderung des Kurvenverlaufs seit 1990 ins Auge. Bis 1990 findet sich das Muster der Regierungszufriedenheit in etwa entsprechend dem Wahlzyklusmodell bestätigt: Die Regierungsparteien genießen in unmittelbarer Nähe des Wahltermins vergleichsweise hohe Zustimmungsraten, die jedoch parabelförmig absinken und in der Mitte der Wahlperiode ihren Tiefpunkt erreichen, um daraufhin wieder anzusteigen. Nach der Wiedervereinigung ändert sich das Bild. Nach dem deutlichen Wahlsieg stürzt die Regierung Kohl nach 1990 in ihrer Popularität drastischer ab als jede andere Regierung zuvor. Eine Erholung setzt erst kurz vor der Wahl ein: Nicht nach dem klassischen *Midterm* kann die Regierung wieder an Boden gewinnen, sondern erst kurz vor dem unmittelbaren Ende der Legislaturperiode. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die letzte Amtszeit Helmut Kohls. Die Regierung Schröder verspielt ihre Popularität nach 1998 ähnlich

⁸ Forschungsgruppe Wahlen e.V., Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung, Mannheim. Seit 1977 erhebt die Forschungsgruppe Werte über die Zufriedenheit mit der Bundesregierung mit Hilfe einer Variante der folgenden Frage: *Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus [Regierungsparteien] in Bonn/Berlin eher zufrieden oder eher unzufrieden? Beschreiben Sie dies mit Hilfe dieser Skala: +5 bedeutet, dass Sie mit der jetzigen Regierung in Bonn/Berlin voll und ganz zufrieden sind; -5 bedeutet, dass Sie mit dem, was die Regierung bisher geleistet hat, vollständig unzufrieden sind.*

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Bundesregierung, gleitender Halbjahresdurchschnitt für Westdeutschland



Quelle: Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen

schnell wie die Regierung Kohl 1990, kann jedoch diese Entwicklung erstaunlich schnell umkehren: Im Oktober 1999 zeigen die Zustimmungsraten der Regierung wieder aufwärts und stabilisieren sich bis Ende 2001 fast auf dem Niveau des Amtsantritts. Vor der Bundestagswahl 2002 gehen dann die Stimmungswerte nach unten, um kurz vor der Wahl wieder zuzulegen. Für die Zustimmungskurven der Regierung ergeben sich damit nach 1990 zwei wesentliche Unterschiede im Vergleich zu der Zeit vor der Wiedervereinigung: Erstens fallen die Regierungen mit Ausnahme der 13. Legislaturperiode (1994–1998) unmittelbar nach der Wahl in ein Stimmungstief, wobei sich das Abfallen der Popularitätswerte bedeutend rasanter und fast linear entwickelt. Zweitens kann für die Legislaturperiode zwischen 1998 und 2002 überhaupt nicht mehr von einer klassischen U-Form gesprochen werden.

In Anbetracht dieser Entwicklung wird verständlich, warum die reinen Zeitvariablen nach 1990 ihr Potenzial für die Erklärung der Landtagswahlergebnisse der Regierungsparteien einbüßen. Die ursprünglich relevanten Fragen in Bezug auf die Interdependenz zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen stellen sich aber weiterhin: Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Regierungsparteien bei Bundes- und Landtagswahlen? Verlieren die Parteien der Bundesregierung weiterhin systematisch an Stimmen? Und welche Variablen determinieren die Höhe dieses Stimmenverlusts? Der folgende Abschnitt versucht diese Fragen zu beantworten.

4. Landtagswahlen als Referendum über die Bundespolitik?

Verwirft man die Zeitvariablen als relevante Erklärungsvariablen für die Beschreibung des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landtagswahlen, kommen im Wesent-

lichen die drei im Abschnitt 3 beschriebenen Variablen ökonomische Determinanten, die Popularitätsentwicklung einer Bundesregierung sowie die Höhe der Wahlbeteiligung in Betracht.

Der Einfluss der Wahlbeteiligung kann nur schwer mit Hilfe von Aggregatdaten überprüft werden. Inwieweit eine im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl geringe oder hohe Wahlbeteiligung den Regierungsparteien schadet oder nützt, ist ohne Rückgriff auf Individualdaten kaum festzustellen. In der Regel wird eine hohe Wahlbeteiligung als positives Zeichen für die Wahlaussichten der Regierungsparteien gewertet. Dies wäre der Fall, wenn Anhänger der Regierungsparteien in einem ähnlichen Maß wie die Parteigänger der Opposition an der Wahl teilnehmen und für „ihre“ Partei stimmen würden. Andererseits könnte eine hohe Mobilisierung von Wechselwählern oder unzufriedenen Regierungsanhängern die Regierungsparteien im Stimmungstief Stimmenanteile kosten. Die individuelle Entscheidung zur Wahl zu gehen oder nicht kann sich damit sowohl zum Vor- als auch zum Nachteil für die Regierungsparteien erweisen. Welcher Effekt auf der Aggregatebene unter welchen Voraussetzungen überwiegt, ist ohne eine genaue Analyse des individuellen Wahlverhaltens schwer zu beantworten. Aus diesem Grund werde ich die Wahlbeteiligung nicht als erklärende Variable in meine Analysen aufnehmen.

Über den Einfluss von wirtschaftlichen Faktoren sowie der Popularität einer Bundesregierung auf die Ergebnisse von Landtagswahlen können hingegen klare Hypothesen formuliert werden. In Anknüpfung an die „economic voting“-These soll folgende einfache Hypothese geprüft werden:

Die Regierungsparteien schneiden bei Landtagswahlen im Vergleich zu der vorangegangenen Bundestagswahl umso schlechter ab, je schlechter sich die ökonomische Performanz einer Bundesregierung seit der vorangegangenen Bundestagswahl gestaltet.

Ob der Popularitätsverlust, den eine Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt erleidet, eine klare Auswirkung auf die Ergebnisse der Regierungsparteien bei einer Landtagswahl ausübt, soll die Überprüfung der folgenden Hypothese zeigen:

Die Regierungsparteien schneiden bei Landtagswahlen im Vergleich zu der vorangegangenen Bundestagswahl umso schlechter ab, je stärker die Bundesregierung auf nationaler Ebene im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl an Popularität eingebüßt hat.

Anhand eines Tests dieser Hypothesen können klare Anhaltspunkte über das Ausmaß der bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen gewonnen werden. Je besser die Variablen das Abschneiden der Regierungskoalition des Bundes auf Landesebene erklären, umso stärker beeinflusst die Bundespolitik die Landtagswahlentscheidung. Damit kann anhand der Ergebnisse auch die These einer Verringerung des bundespolitischen Einflusses auf die Landtagswahlentscheidung seit 1990 geprüft werden.

Natürlich sind Landtagswahlen nicht *ausschließlich* ein Produkt bundespolitischer Stimmungen. Die Bedeutung landesspezifischer Themen und Personen ist für den Ausgang einer Landtagswahl nicht zu unterschätzen. Für die hier untersuchte Fragestellung könnte besonders die Parteizugehörigkeit des amtierenden Ministerpräsidenten einen Einfluss auf das Abschneiden der Regierungsparteien haben. Beliebte „Landesväter“ oder „Landesmütter“ schaffen es immer wieder, dem Stimmungstrend einer Partei auf

Bundesebene bei Landtagswahlen zu trotzen. Nicht selten geschieht dies auch mit bewusster Abgrenzung zur eigenen Partei auf Bundesebene. Allgemein könnte man davon ausgehen, dass die große Regierungspartei dann weniger Verluste bei einer Landtagswahl erleidet, wenn sie bei der Landtagswahl mit einem populären Ministerpräsidenten antritt. Weitere landesspezifische Faktoren, die das Landtagswahlergebnis beeinflussen, werde ich jedoch nicht in eine vergleichende Analyse von Landtagswahlen über einen Zeitraum von 25 Jahren integrieren. Es ist nicht anzunehmen, dass diese systematisch zu Gunsten oder zu Ungunsten der Regierungsparteien im Bund wirken. Daher sollte die Nichtbetrachtung weiterer landesspezifischer Variablen lediglich die Erklärungskraft des Modells verringern, nicht aber einen Einfluss auf die Aussagen über die Wirkungsweise der Regierungszufriedenheit und der wirtschaftlichen Variablen haben.

4.1 Datengrundlage

Meine Berechnungen erstrecken sich auf die Zeitspanne von 1976 bis 2002. Als abhängige Variable benutze ich nicht die Höhe der absoluten Stimmenverluste der Regierungsparteien, sondern den relativen Stimmenanteil der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen in Bezug auf die jeweils vorangegangene Bundestagswahl.⁹ Haben die Regierungsparteien im Bund zum Beispiel bei der Bundestagswahl 1994 im betrachteten Bundesland zusammen 56 Prozent, bei einer Landtagswahl 1995 jedoch nur 50 Prozent erhalten, dann beträgt der relative Stimmenverlust 11 Prozent und damit der relative Stimmenanteil 89 Prozent. Gelingt es den Regierungsparteien des Bundes, mehr Stimmen als bei der vorangegangenen Bundestagswahl auf sich zu vereinigen, dann liegt der relative Stimmenanteil über 100 Prozent. Dies war lediglich bei sechs von 78 Landtagswahlen zwischen 1977 und 2002 der Fall. Im Durchschnitt liegt der relative Stimmenanteil bei 87 Prozent. Wahlen zum Berliner Senat sowie die Landtagswahlen der neuen Bundesländer werden erst ab 1994 in die Berechnungen integriert, da die ersten ostdeutschen Landtagswahlen vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 stattfanden, was eine Berechnung der relativen Stimmen unmöglich macht.

Für die Messung der unabhängigen Variable „Änderung der Regierungszufriedenheit“ liegt mit den Daten der Forschungsgruppe Wahlen ein zuverlässiges und seit 1977 monatlich erhobenes Maß für die Regierungspopularität vor. Die Änderung der Regierungszufriedenheit zum Zeitpunkt einer Landtagswahl wird über die Differenz der Popularitätswerte zwischen dem Zeitpunkt der einer Landtagswahl vorausgegangenen Bundestagswahl und dem Zeitpunkt der Landtagswahl berechnet und bezieht sich auf das bundesdeutsche (also nicht länderspezifische) Stimmungsbild.¹⁰ Bei der Berech-

⁹ Durch die Betrachtung der relativen Stimmenverluste wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Regierungsparteien in verschiedenen Bundesländern ein unterschiedliches Wählerpotenzial besitzen. Diese Unterschiede werden durch die Verwendung von relativen Stimmenverlusten besser beachtet, als dies bei absoluten Verlusten möglich wäre.

¹⁰ Da Zufriedenheitsdaten der Forschungsgruppe Wahlen erst ab März 1977 vorliegen, können die Differenzwerte für die gesamte achte Legislaturperiode (zehn Landtagswahlen) nicht berechnet werden. Um diese Landtagswahlen nicht aus der Analyse auszuschließen, wurde ein Popularitätswert für die Bundestagswahl 1976 angenommen, der sich mit vergleichbaren Umfragen (zum Beispiel des Instituts für Demoskopie in Allensbach) deckt. Schließt man die be-

nung wird jeweils ein rückblickender Dreimonatsdurchschnitt verwendet, in Erwartung, dass der Wähler seine Wahlentscheidung nicht ausschließlich vom Stimmungsbild des Wahlmonats abhängig macht. Die Forschungsgruppe Wahlen stellt seit 1990 für West- und Ostdeutschland getrennte Samples zur Verfügung. Aus diesem Grund werden jeweils entsprechende Daten für die alten beziehungsweise neuen Bundesländer verwendet. Für die Jahre 1996 bis 1998, in denen keine getrennten Stichproben erhoben wurden, wurden die ost- und westdeutschen Zustimmungswerte aus dem bundesdeutschen Sample generiert. Für die Stadt Berlin wurde entsprechend der Einwohnerzahl ein Durchschnitt errechnet. Die so generierte Variable spiegelt damit die Höhe des Popularitätsverlustes seit der Bundestagswahl zum Zeitpunkt der Landtagswahl wider. Vereinzelt fehlende monatliche Zufriedenheitswerte wurden durch lineare Interpolation ersetzt.

Die wirtschaftliche Performanz einer Regierung zum Zeitpunkt der Landtagswahl wird über die Differenz zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit (der Höhe des Wirtschaftswachstums) zum Zeitpunkt der Landtagswahl und der Höhe der Arbeitslosigkeit (der Höhe des Wirtschaftswachstums) zur Zeitpunkt der vorangegangenen Bundestagswahl gemessen. Die Variable „Veränderung der Arbeitslosigkeit“ spiegelt somit den Erfolg (negativer Wert) oder Misserfolg (positiver Wert) einer Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt einer Landtagswahl wider. Entsprechend entgegengesetzt gestalten sich die Vorzeichen der Variable „Veränderung des Wirtschaftswachstums“.¹¹ Monatliche Daten über die Höhe der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland stammen von der Bundesagentur für Arbeit. Zur Berechnung der Differenz im Wirtschaftswachstum verwende ich Quartalsdaten der BIP-Entwicklung des „Economic Outlook“ der OECD.¹²

Die Grundlage der Berechnungen bildet das Verhältnis zwischen dem Ergebnis der Regierungsparteien bei Landtagswahlen und dem Ergebnis der Regierungsparteien bei der Landtagswahl vorangegangenen Bundestagswahl im betreffenden Bundesland für 78 Landtagswahlen. Die Berechnungen erfolgen mit Hilfe einfacher OLS-Regressionen.

4.2 Hypothesentest

Tabelle 2 zeigt die Regressionsergebnisse für die Zeitspanne von 1976 bis 2002. Zunächst wurden alle unabhängigen Variablen in ein Regressionsmodell integriert. Die Ergebnisse stützen deutlich die Hypothese über den Zusammenhang zwischen dem Verlust an Regierungspopularität und dem Abschneiden der Regierungsparteien bei Landtagswahlen. Je stärker die Popularität der Bundesregierung im Vergleich zur voran-

troffenen Landtagswahlen aus der Berechnung aus, verändern sich weder die Koeffizienten noch die Signifikanzniveaus wesentlich.

11 Auf die Verwendung von absoluten makroökonomischen Indikatoren als unabhängige Variablen wird bewusst verzichtet. Eine Arbeitslosenquote von 9 Prozent sollte der Bundesregierung nur dann schaden, wenn die Arbeitslosenquote beim Amtsantritt unter 9 Prozent lag. Lag die Quote beim Amtsantritt über 9 Prozent, sollte eine Regierung für eine erfolgreiche Politik belohnt werden.

12 Eine vollständige Beschreibung der Daten und deren Verwendung kann bei der Autorin angefordert werden.

Table 2: Einfluss des Verlusts an Regierungspopularität und ökonomischer Variablen auf das Landtagswahlergebnis der Regierungsparteien von 1976 bis 2002

| | Gesamtmodell | Modell ohne ökonomische Variablen | Modell mit Veränderung der Arbeitslosigkeit + Amtsbonus | Modell mit Veränderung des Wirtschaftswachstums + Amtsbonus |
|--------------------------------------|-----------------------|-----------------------------------|---|---|
| Konstante | 90.886*** (1,931) | 91.153*** (1,9081) | 85.56*** (2,103) | 84.918*** (2,268) |
| Höhe des Popularitätsverlusts | -10.705*** (1,699) | -11.378*** (1,453) | | |
| Veränderung der Arbeitslosigkeit | -0.674 (0,602) | | -2.182*** (0,566) | |
| Veränderung des Wirtschaftswachstums | -0.372 (0,523) | | | 1.036* (0,578) |
| Amtsbonus | 4.628** (2,306) | 4.715** (1,453) | 5.625** (2,819) | 6.196** (3,017) |
| Beobachtungen | 78 | 78 | 78 | 78 |
| R ² (adj.) | 0.46 | 0.46 | 0.19 | 0.07 |

Quelle: Amtliche Wahlergebnisse; Daten der Forschungsgruppe Wahlen; Bundesagentur für Arbeit; OECD Economic Outlook. Eigene Berechnungen.

Angaben: Standardfehler in Klammern; * $p \leq .10$; ** $p \leq .05$; *** $p \leq .01$.

Codierung der dichotomen Variable Amtsbonus: 0 Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen, 1 Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten.

gegangenen Bundestagswahl sinkt, desto höher sind die Verluste der Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen. Die Veränderung der Arbeitslosigkeit zeigt ebenfalls den vermuteten Effekt: Je stärker die Arbeitslosigkeit seit der Bundestagswahl gestiegen ist, umso schlechter fällt das Ergebnis der Regierungsparteien aus. Allerdings ist diese Variable, ebenso wie die Veränderung des Wirtschaftswachstums, nicht signifikant. Veränderungen im Wirtschaftswachstum zeigen nicht die erwarteten Effekte, worauf das negative Vorzeichen dieser Variable hindeutet. Unabhängig von der Entwicklung der Regierungszufriedenheit müssen die Regierungsparteien zudem einen autonomen Stimmenverlust hinnehmen, ihr relativer Stimmenanteil liegt per se nur bei etwa 91 Prozent. Aufgefangen werden kann der Verlust teilweise, wenn die Regierungsparteien des Bundes über den Amtsinhaberbonus in einem Bundesland verfügen: Stellt die große Regierungspartei des Bundes auch den Ministerpräsidenten auf Landesebene, verringert sich ihr Stimmenverlust.¹³

13 Dabei muss man beachten, dass der Amtsbonus-Dummy *nicht* den eigentlichen „Amtsbonus“ misst. Denn nicht die *tatsächliche* Popularität des Ministerpräsidenten wird bei dieser Variablen erfasst, sondern allein die Tatsache, ob der Ministerpräsident eines Bundeslandes der Regierungspartei des Bundes angehört. Die Landeswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen geben Auskunft über die Popularität amtierender Ministerpräsidenten, liegen aber nicht für alle betrachteten Landtagswahlen vor.

Der Verdacht liegt nahe, dass die insignifikanten Ergebnisse der ökonomischen Variablen auf Multikollinearität zwischen den ökonomischen und popularitätsbasierten Variablen zurückzuführen sind.¹⁴ Je ungünstiger sich die Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftswachstum entwickeln, desto negativer wirkt sich dies auf die Popularität einer Regierung aus (Kirchgässner 1986; Feld/Kirchgässner 2000). Aus diesem Grund wurden die Regressionen für die abhängigen Variablen getrennt durchgeführt (Tabelle 2). Obwohl die ökonomischen Variablen bei einer getrennten Modellberechnung den erwarteten und signifikanten Einfluss auf das Abschneiden der Regierungsparteien ausüben, liegt deren Erklärungskraft mit 7 Prozent (Veränderung des Wirtschaftswachstums) und 19 Prozent (Veränderung der Arbeitslosigkeit) weit hinter der Erklärungskraft der Popularitätsvariablen (46 Prozent) zurück. Aus diesem Grund werde ich im Weiteren ausschließlich die Popularitätsvariable in meine Berechnungen aufnehmen.¹⁵

Ein fiktives Beispiel soll die Wirkungskraft der Popularitäts- und Amtsbonusvariablen verdeutlichen: Angenommen, die Regierungsparteien erreichen bei einer Bundestagswahl 54 Prozent der gültigen Zweitstimmen in einem Bundesland. In der der Bundestagswahl folgenden Landtagswahl könnten sie unabhängig von der bundespolitischen Stimmung nur mit 49,2 Prozent der Zweitstimmen rechnen. Hat sich die Popularität der Bundesregierung zudem um 0,56 Punkte verringert (dies entspricht dem durchschnittlichen Verlust an Regierungszufriedenheit zwischen 1976 und 2002), müssten die Regierungsparteien zusätzlich einen Verlust von 3,4 Prozentpunkten hinnehmen, was einem Gesamtergebnis von 45,8 Prozent entsprechen würde. Stellen die Regierungsparteien den Ministerpräsidenten, könnten sie aufgrund des Amtsbonus mit einer Abfederung des Verlusts um 2,5 Prozent rechnen.

Auf den ersten Blick ist der hohe Stimmenverlust der Regierungsparteien des Bundes unabhängig von der bundespolitischen Stimmungslage erstaunlich. Dass Regierungsparteien unabhängig von anderen Variablen Stimmenverluste zu verkraften haben, ist jedoch kompatibel mit einer Reihe von Theoriesträngen: Das statistische Phänomen „Regression zum Mittelwert“ könnte eine Erklärung für das stetig schlechte Abschneiden der Regierungsparteien sein. In Anlehnung an Angus Campbells Theorie (1960) vom „Aufstieg und Niedergang“ (surge and decline) ist es wahrscheinlich, dass die Regierungsparteien bei der (gewonnenen) Bundestagswahl ein ausgesprochen gutes Ergebnis erzielen. Daher ist zu vermuten, dass sie in den darauf folgenden Landtagswahlen ceteris paribus eher schlechter abschneiden. Zudem könnten Regierungsparteien, ähnlich wie von Erikson (1988) vorgeschlagen, unabhängig von ihrer Performanz bei Landtagswahlen bestraft werden.

14 Tatsächlich korrelieren die Variablen „Popularitätsverlust“ und „Veränderung der Arbeitslosigkeit“ ($r = 0.51$) sowie „Veränderung der Arbeitslosigkeit“ und „Veränderung des Wirtschaftswachstums“ ($r = -0.54$) miteinander.

15 Neben Multikollinearität stellt sich das Problem der Autokorrelation. Es ist wahrscheinlich, dass die Ergebnisse einer Landtagswahl nicht unabhängig von der vorangegangenen Landtagswahl sind. Eine rechnerische Kontrolle zur Prüfung von Autokorrelation mit Hilfe von Durbin-Watson-Tests gestaltet sich jedoch schwierig, unter anderem da aufgrund von zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen keine durchgehende Zeitreihenvariable gebildet werden kann. Verzerrungen der ermittelten Standardfehler können aus diesem Grund nicht ausgeschlossen werden.

Tabelle 3: Einfluss des Verlusts an Regierungspopularität der Regierungsparteien auf das Landtagswahlergebnis der Regierungsparteien im Zeitvergleich

| | 1976–2002 | 1976–1990 | 1990–2002 |
|-----------------------|---------------------|--------------------|---------------------|
| Konstante | 91.15*** (1,91) | 91.61*** (1,51) | 92.78*** (4,36) |
| Popularitätsverlust | -11.38*** (1,45) | -8.96*** (1,79) | -13.06*** (2,75) |
| Amtsbonus | 4.71** (2,29) | 2.01 (2,12) | 5.65 (4,10) |
| Beobachtungen | 78 | 36 | 42 |
| R ² (adj.) | 0.46 | 0.40 | 0.43 |

Quelle: Amtliche Wahlergebnisse; Daten der Forschungsgruppe Wahlen. Eigene Berechnungen.

Angaben: Standardfehler in Klammern; * $p \leq .10$; ** $p \leq .05$; *** $p \leq .01$.

Codierung der dichotomen Variable Amtsbonus: 0 Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen, 1 Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten.

Betrachtet man den Einfluss der Regierungszufriedenheit im Zeitablauf (Tabelle 3), so kann man *keinen* klaren Einschnitt nach der deutschen Wiedervereinigung feststellen. Ein Popularitätsverlust der Regierungsparteien führt auch nach 1990 zu einem signifikant schlechteren Abschneiden der Regierungsparteien bei Landtagswahlen. Dieser Trend scheint sogar nach der Wiedervereinigung zuzunehmen, die Effektstärke der Variable steigt von -8.96 auf -13.06. Allerdings ist es erstaunlich, dass die Amtsbonus-Variablen ihre Signifikanz bei der getrennten Betrachtung verliert und die Erklärungskraft der getrennt berechneten Modelle geringer ist.

In den Regressionsrechnungen wurde bisher keine Unterscheidung zwischen Landtagswahlen in den alten und neuen Bundesländern getroffen. Das Wahlverhalten in Ostdeutschland unterscheidet sich jedoch offenkundig von dem in Westdeutschland. Während etwa 70 Prozent der westdeutschen Bevölkerung sich mit einer politischen Partei identifizieren, tun dies in Ostdeutschland lediglich 50 Prozent; zudem sind die Parteibindungen deutlich unbeständiger (unter anderen Arzheimer/Falter 2002). Da das stabilisierende Element der Parteiidentifikation fehlt, zeigen Ostdeutsche bei ihrer Wahlentscheidung eine größere Wechselbereitschaft. Der aktuellen Tagespolitik und dem Image der Spitzenpolitiker kommt dabei eine besonders tragende Rolle zu (Arzheimer/Falter 2002: 33). Man könnte daher vermuten, dass sowohl die Effekte der Bundespolitik als auch der Amtsbonus eines Ministerpräsidenten einen deutlich höheren Einfluss in Ost- als in Westdeutschland ausüben.

Die Ergebnisse der nach Regionen und Zeitperioden getrennt berechneten Regression untermauern diese Vermutungen (Tabelle 4). Die Amtsbonusvariable hat in Ostdeutschland einen viel stärkeren Einfluss als in den alten Bundesländern. Aber auch die Änderung der Regierungszufriedenheit hat eine deutlich stärkere Bedeutung für das Abschneiden der Regierungsparteien. Allein diese zwei Variablen können über 70 Prozent des relativen Abschneidens der Regierungsparteien bei ostdeutschen Landtagswahlen erklären. Allerdings ist bei der Interpretation dieser Ergebnisse Vorsicht geboten: Die kurze Zeitspanne seit der Wiedervereinigung und die oftmals fünfjährigen Legisla-

Table 4: Einfluss des Verlusts an Regierungspopularität der Regierungsparteien auf das Landtagswahlergebnis der Regierungsparteien im Regionen- und Zeitvergleich

| | West 1976–2002 | Ost 1990–2002 | West 1976–1990 | West 1990–2002 |
|-----------------------|--------------------|--------------------|--------------------|---------------------|
| Konstante | 93.09*** (1,25) | 69.75*** (9,60) | 91.61*** (1,51) | 96.98*** (2,57) |
| Popularitätsverlust | -8.15*** (1,04) | -14.16** (5,17) | -8.96*** (1,79) | -10.04*** (1,73) |
| Amtsbonus | 1.11 (1,60) | 29.50*** (8,26) | 2.01 (2,12) | -0.28 (2,54) |
| Beobachtungen | 63 | 12 | 36 | 27 |
| R ² (adj.) | 0.49 | 0.73 | 0.40 | 0.57 |

Quelle: Amtliche Wahlergebnisse; Daten der Forschungsgruppe Wahlen. Eigene Berechnungen.

Angaben: Standardfehler in Klammern; * $p \leq .10$; ** $p \leq .05$; *** $p \leq .01$.

Codierung der dichotomen Variable *Amtsbonus*: 0 Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen, 1 Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten.

turperioden in ostdeutschen Ländern beschränken die Fallzahl auf lediglich zwölf Landtagswahlen. Dabei wird die Regression von den drei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern getrieben, die zeitgleich zur Bundestagswahl stattfanden.

In den westdeutschen Bundesländern können Ministerpräsidenten bedeutend weniger auf ihren *Amtsbonus* vertrauen: Die Variable hat keinen signifikanten Einfluss auf das Abschneiden der Regierungsparteien. Hingegen zeigt sowohl vor als auch nach 1990 das Stimmungsbild der Regierung signifikante Auswirkungen auf die Wahlentscheidung, bei einer leicht zunehmenden Tendenz (der Koeffizient steigt von -8.96 auf -10.04) und steigender Erklärungskraft (R^2 steigt von 40 auf 57 Prozent). Diese Ergebnisse sprechen der These einer abnehmenden bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen von Jeffery/Hough klar entgegen. Die Bundespolitik hat vielmehr seit 1990 eine größere Rolle bei der Landtagswahlentscheidung gespielt. Gerade in den neuen Bundesländern ist der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen besonders hoch, auch wenn gleichzeitig beliebte Ministerpräsidenten einem negativen Trend auf Bundesebene trotzen können.

5. Schlussbetrachtung

In diesem Artikel bin ich der Frage nachgegangen, inwieweit und in welchem Ausmaß die Bundespolitik einen Einfluss auf das Ergebnis von Landtagswahlen ausübt. Dabei stand vor allem das Abschneiden der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen im Mittelpunkt. Frühere Analysen betrachteten im Vertrauen auf die Existenz eines autonomen Wahlzyklus die Terminierung einer Landtagswahl als erklärende Variable für das Ergebnis der Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen. Seit 1990 hat sich der Popularitätsverlauf der Bundesregierung jedoch substantiell verändert, so dass ein Wahlzyklus für die Bundesrepublik nach 1990 nicht mehr bestätigt werden kann.

Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass die Zeitvariable als autonomer Erklärungsmechanismus für die Analyse der bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen weitgehend unbrauchbar geworden ist. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen zurückgegangen ist, wie einige aktuelle Studien behaupten. Meine Ergebnisse haben gezeigt, dass der Kausalmechanismus, der früheren Analysen teilweise implizit zugrunde lag, auch weiterhin gilt: Je stärker die Popularität einer Bundesregierung seit Amtsantritt gesunken ist, mit desto höheren Verlusten müssen die Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen rechnen. Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen hat seit der Wiedervereinigung sogar eher zu- als abgenommen.

Obwohl sich die von mir durchgeführten Analysen im Wesentlichen auf die Erklärungsvariable „Regierungspopularität“ beschränken, kann allein für Westdeutschland fast 50 Prozent der Varianz zwischen dem Stimmenanteil der Regierungsparteien einer Bundestagswahl und der folgenden Landtagswahl durch dieses sparsame Modell erklärt werden. Für zukünftige Forschungsarbeiten ergeben sich daraus drei potenzielle Anknüpfungspunkte: Erstens können detailliertere Studien zeigen, ob ähnliche Mechanismen auch für die Oppositionsparteien und andere Parteien gelten. Ebenso kann man die Auswirkungen des hier postulierten Zusammenhangs für die große und die kleine Regierungspartei differenziert betrachten. Zweitens kann der Wirkungsmechanismus weiter differenziert werden: Welche Rolle spielt die Wahlbeteiligung für den zu Grunde liegenden Kausalmechanismus, der den Zusammenhang zwischen Regierungszufriedenheit und Landtagswahlergebnissen beschreibt? Drittens kann der Befund der Entkopplung des Popularitätsverlaufes von einem zyklischen Muster näher untersucht werden: Ist dies ein kurzfristiges Phänomen? Kann dies auch auf andere Länder übertragen werden?

Welche aktuellen Implikationen haben meine Ergebnisse nun für die aktuelle Föderalismus-Reformdebatte? Will man die starke Verflechtung zwischen Bundestags- und Landtagswahlen abbauen, bieten sich zwei potenzielle Lösungsansätze an. Ein immer wieder diskutierter Ansatz ist die Zusammenlegung von Landtagswahlen, wobei oft vorgeschlagen wird, eine Hälfte der Landtagswahlen zusammen mit den Bundestagswahlen, die andere Hälfte in der Mitte einer Legislaturperiode abzuhalten. Mit Hinblick auf die notwendigen Mehrheitserfordernisse für eine solche Regelung erscheint dieser Vorschlag kurzfristig unrealistisch. Außerdem könnte eine derartige Neuregelung die Vermischung von Landes- und Bundespolitik zusätzlich forcieren, indem diejenigen Landtagswahlen, die in der Mitte der Legislaturperiode stattfinden, erst recht zu einem Referendum über die Arbeit der Bundesregierung stilisiert werden. Der einzige Vorteil bestünde in einer Eindämmung des oft beklagten „Dauerwahlkampfes“, der Preis läge aber vermutlich in dessen Zuspitzung zum Midterm einer Legislaturperiode. Alternativ böte sich eine stärkere Entflechtung der Bundes- und Landespolitik an, wobei auch dieser Weg nach dem vorläufigen Scheitern der Föderalismuskommission im Dezember 2004 vorerst in die Ferne gerückt ist. Eine kurzfristige Änderung des Einflusses der Bundespolitik auf Landtagswahlen erscheint also fraglich. Da Parteien in der Bundesrepublik mit Ausnahme der PDS und der CSU sowie einigen Regionalparteien nicht differenziert nach Landes- und Bundespartei wahrgenommen werden, wird, solange als wichtig empfundene Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden, immer ein

Anreiz für Regierungs- oder Oppositionsparteien bestehen, die Bundespolitik als Wahlkampfthema bei Landtagswahlen zu benutzen.

Literatur

- Abramowitz, Alan I./Cover, Albert D./Norpoth, Helmut*, 1986: The President's Party in Midterm Elections: Going from Bad to Worse, in: *American Journal of Political Science* 30, 562–576.
- Alesina, Alberto/Rosenthal, Howard*, 1989: Partisan Cycles in Congressional Elections and the Macroeconomy, in: *American Political Science Review* 83, 373–398.
- Alesina, Alberto/Rosenthal, Howard*, 1995: *Partisan Politics, Divided Government, and the Economy*. New York.
- Anderson, Christopher J./Ward, Daniel S.*, 1996: Barometer Elections in Comparative Perspective, in: *Electoral Studies* 15, 447–460.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.*, 2002: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 49–50, 27–35.
- Campbell, Angus*, 1960: Surge and Decline: A Study of Electoral Change, in: *Public Opinion Quarterly* 24, 397–418.
- Campbell, James E.*, 1991: The Presidential Surge and Its Midterm Decline in Congressional Elections, 1868–1988, in: *Journal of Politics* 53, 477–487.
- Campbell, James E.*, 2003: The 2002 Midterm Election: A Typical or an Atypical Midterm?, in: *Political Science and Politics* 36, 203–207.
- Chrystal, K. Alec/Alt, James E.*, 1981: Some Problems in Formulating and Testing a Politico-Economic Model of the United Kingdom, in: *Economic Journal* 91, 730–736.
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia*, 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144–164.
- Dinkel, Reiner*, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348–359.
- Dinkel, Reiner*, 1980: Die Interdependenz von Wahlen und ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen, in: *Boettcher, Erik/Herder-Dorneich, Philipp/Schenk, Karl-Ernst* (Hrsg.), *Neue Politische Ökonomie als Ordnungstheorie*. Tübingen, 66–81.
- Eijk, Cees van der*, 1987: Testing Theories of Electoral Cycles – The Case of The Netherlands, in: *European Journal of Political Research* 15, 253–270.
- Erikson, Robert S.*, 1988: The Puzzle of Midterm Loss, in: *Journal of Politics* 50, 1011–1029.
- Erikson, Robert S.*, 1990a: Economic Conditions and the Congressional Vote: A Review of the Macrolevel Evidence, in: *American Journal of Political Science* 34, 373–399.
- Erikson, Robert S.*, 1990b: Does the Economy Matter in Midterm Elections – Reply, in: *American Journal of Political Science* 34, 405–407.
- Fabritius, Georg*, 1978: *Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik*. Meisenheim am Glan.
- Feigert, Frank B./Norris, Pippa*, 1990: Do By-Elections Constitute Referenda? A Four-Country Comparison, in: *Legislative Studies Quarterly* 15, 183–200.
- Feld, Lars P./Kirchgässner, Gebhard*, 2000: Official and Hidden Unemployment and the Popularity of the Government: an Economic Analysis for the Kohl Government, in: *Electoral Studies* 19, 333–347.
- Fiorina, Morris P.*, 1988: *The Reagan Years: Turning to the Right or Groping for the Middle? The Resurgence of Conservatism in Anglo-American Democracies*. Durham.
- Franzese, Robert J.*, 2002: Electoral and Partisan Cycles in Economic Policies and Outcomes, in: *Annual Review of Political Science* 5, 369–421.
- Frey, Bruno S./Schneider, Friedrich*, 1978: A Politico-Economic Model of the United Kingdom, in: *Economic Journal* 88, 243–253.

- Gaines, Brian J./Crombez, Christophe, 2004: Another Look at Connections Across German Elections, in: *Journal of Theoretical Politics* 16, 289–319.
- Goodhart, Charles A. E./Bhansali, Rajendra J., 1970: Political Economy, in: *Political Studies* 18, 43–106.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie, 2003: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, 79–94.
- Hudson, John, 1985: The Relationship between Government Popularity and Approval for the Government's Record in the United Kingdom, in: *British Journal of Political Science* 15, 165–186.
- Jacobson, Gary C., 1990: Does the Economy Matter in Midterm Elections?, in: *American Journal of Political Science* 34, 400–404.
- Jacobson, Gary C., 2003: Terror, Terrain, and Turnout: Explaining the 2002 Midterm Elections, in: *Political Science Quarterly* 118, 1–22.
- Jeffery, Charlie/Hough, Daniel, 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany, in: *German Politics* 10, 73–98.
- Kernell, Samuel, 1977: Presidential Popularity and Negative Voting: An Alternative Explanation of the Midterm Congressional Decline of the President's Party, in: *American Political Science Review* 71, 44–66.
- Kernell, Samuel, 1978: Explaining Presidential Popularity. How Ad Hoc Theorizing, Misplaced Emphasis, and Insufficient Care in Measuring One's Variables Refuted Common Sense and Led Conventional Wisdom Down the Path of Anomalies, in: *American Political Science Review* 72, 506–522.
- Kirchgässner, Gebhard, 1986: Economic Conditions and the Popularity of West German Parties: a Survey, in: *European Journal of Political Research* 14, 421–439.
- Kousser, Thad, 2004: Retrospective Voting and Strategic Behavior in European Parliament Elections, in: *Electoral Studies* 23, 1–21.
- Lehmbruch, Gerhard, 1998: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Opladen.
- Lewis-Beck, Michael S./Rice, Tom W., 1984: Forecasting U.S. House Elections, in: *Legislative Studies Quarterly* 9, 475–486.
- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary, 2000: Economic Determinants of Electoral Outcomes, in: *Annual Review of Political Science* 3, 183–219.
- Lohmann, Susanne/Brady, David W./Rivers, Douglas, 1997: Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System – West Germany, 1961 – 1989, in: *Comparative Political Studies* 30, 420–449.
- Marsh, Michael, 1998: Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections, in: *British Journal of Political Science* 28, 591–607.
- Mebane, Walter R., 2000: Coordination, Moderation and Institutional Balancing in American Presidential and House Elections, in: *American Political Science Review* 94, 37–57.
- Mebane, Walter R./Sekhon, Jasjeet S., 2002: Coordination and Policy Moderation at Midterm, in: *American Political Science Review* 96, 141–157.
- Miller, William L./Mackie, Myles, 1973: The Electoral Cycle and the Asymmetry of Government and Opposition Popularity: An Alternative Model of the Relationship between Economic Conditions and Popularity, in: *Political Studies* 21, 263–279.
- Mughan, Anthony, 1986: Toward A Political Explanation of Government Vote Losses in Midterm By-elections, in: *American Political Science Review* 80, 761–775.
- Mughan, Anthony, 1988: On the By-Election Vote of Governments in Britain, in: *Legislative Studies Quarterly* 13, 29–48.
- Müller-Hilmer, Rita, 1999: Die niedersächsische Landtagswahl vom 1. März 1998: Die Kür des Kanzlerkandidaten, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30, 41–55.
- Nordhaus, William D., 1975: The Political Business Cycle, in: *Review of Economic Studies* 42, 169–190.
- Norris, Pippa, 1990: *British By-Elections: The Volatile Electorate*. Oxford.
- Oppenheimer, Bruce I./Stimson, James A./Waterman, Richard W., 1986: Interpreting U.S. Congressional Elections: The Exposure Thesis, in: *Legislative Studies Quarterly* 11, 227–247.

- Pissarides, Christopher A.*, 1980: British Government Popularity and Economic Performance, in: *Economic Journal* 90, 569–581.
- Reif, Karlheinz*, 1984: National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984, in: *Electoral Studies* 3, 244–255.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann*, 1980: Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research* 8, 3–44.
- Scharpf, Fritz W.*, 1985: Die Politikverflechtungs-Fälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift* 26, 323–356.
- Schmitt-Beck, Rüdiger*, 2000: Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31, 3–17.
- Shugart, Matthew Soberg*, 1995: The Electoral Cycle and Institutional Sources of Divided Presidential Government, in: *American Political Science Review* 89, 327–343.
- Stimson, James A.*, 1976: Public Support for American Presidents: A Cyclical Model, in: *Public Opinion Quarterly* 40, 1–21.
- Tufte, Edward R.*, 1975: Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections, in: *American Political Science Review* 69, 812–826.
- Tufte, Edward R.*, 1978: *Political Control of the Economy*. Princeton.